

## Karlsruhe – Zwingenberg – Langenstein

*Etappen der Abdankung des Großherzogs von Baden im November 1918*

Die Bewegung, die im November 1918 zur Revolution in Baden und zur Abdankung des Großherzogs Friedrich II. führte, kam von außen. Die Kriegslage hatte sich im Sommer und Herbst 1918 zusehends verschlechtert, Waffenstillstandsgespräche kamen in Gang. Als am 29. Oktober eine Meuterei der Matrosen in Wilhelmshaven ausbrach, entzog sich der Kaiser zunächst einer Entscheidung, indem er von Berlin in das Hauptquartier in Spa auswich. Doch bedeutete dieses Ausweichen schon den Anfang vom Ende. Die Forderung nach der Republik gewann die Oberhand, am 7. November wurde in München die Bayrische Republik ausgerufen. Ein Plan des Kaisers, nur als Kaiser, nicht aber als König von Preußen abzudanken, konnte nicht mehr zur Durchführung kommen. Der Reichskanzler veröffentlichte am 9. November um 12.00 Uhr in Berlin eine Erklärung, daß der Kaiser und König sich entschlossen habe, dem Thron zu entsagen. Zwei Stunden später rief Scheidemann die Deutsche Republik aus. Damit war auch die Stellung der anderen deutschen Souveräne schwer bedroht. Am 8. November trafen auch in Baden die ersten meuternden Matrosen mit den aus Norden kommenden Zügen ein, darunter auch der Obermatrose Heinrich Klumpp, der schon am 6. November in Hannover an der Bildung des dortigen Soldatenrats beteiligt war. In Karlsruhe veranlaßte der Oberbürgermeister Siegrist die Bildung eines Wohlfahrtsausschusses in der Hoffnung, so der Bildung von Soldatenräten zuvorzukommen. Ein entsprechender Aufruf, den außer ihm selbst einige Stadträte und Vertreter der Parteien und der Arbeiterschaft unterzeichneten, war jedoch so gemäßigt, daß aufrührerische Soldaten seinen Druck verhinderten und doch einen Soldatenrat ins Leben riefen, dessen Vorsitzender ein unabhängiger Sozialist (Heinrich Brümmer) wurde. Am Morgen dieses Tages (10. November) war die alte badische Regierung rechtlich noch immer im Amt, erst in seinem Verlauf entschloß sich der Großherzog auf Vortrag des Staatsministers von Bodman, das Kabinett zu entlassen, wobei die normalen Formen gewahrt und in einem nicht veröffentlichten Zusatz die Pensionsbezüge der ehemaligen Minister geregelt wurden. An die Stelle der alten Regierung unter Freiherr von Bodman trat nun eine vorläufige Volksregierung, die praktisch in Verhandlungen zwischen dem Wohlfahrtsausschuß und dem Soldatenrat zustande kam. Als Kandidat für den Ministerpräsidenten wurde zunächst Adolf Geck aus Offenburg, der Führer der unabhängigen Sozialdemokraten, vorgeschlagen, schließlich aber einigte man sich auf den Mehrheitssozialisten Anton Geiß aus Mannheim<sup>1</sup>. Noch immer aber regierte in Baden der Großherzog, und auch die neuen Minister wollten nicht nur von der Revolution legitimiert sein, sondern versuchten, die Zustimmung oder wenigstens eine stillschweigende Billigung des Großherzogs für die Regierungsbildung zu erreichen. Sie verhandelten deshalb mit dem abgedankten Staatsminister von Bodman. Nur die neuen Minister Dr. Ludwig Marum und Hans Brümmer wollten nichts von einer Ernennung durch den Großherzog wissen<sup>2</sup>. Exminister von Bodman überbrachte schließlich auch eine Erklärung des Großherzogs, in der dieser die gegen die Verfassung verstoßende Art der Regierungsbildung zwar nicht billigte, aber „in Anbetracht der durch die Zeitumstände geschaffenen besonderen Lage einen Widerspruch gegen die beabsichtigten Maßnahmen nicht erheben wolle“<sup>3</sup>. Damit hatte der Großherzog den ersten Schritt auf dem Weg getan, der zu seiner vollständigen Absetzung führen sollte. Der nächste Schritt ließ nicht lange auf sich warten, konnte nicht lange auf sich warten lassen, denn wo ringsum die Monarchen stürzten, war auf die Dauer eine Volksregierung unter einem sie tolerierenden Großherzog nicht denkbar. Der Großherzog übersiedelte auf Anraten der vorläufigen Volksregierung am 11. November vom Palais in das leichter zu sichernde Schloß<sup>4</sup>. Sie hatte zugesagt, dort keine rote Fahne hissen zu lassen<sup>5</sup>. Während im Ministerium des Innern der Landesauschuß der Soldatenräte und in der Wirtschaft zum Goldenen Adler der Karlsruher Soldatenrat tagten, griff der Obermatrose Klumpp zur Eigeninitiative. Er erhielt Unterstützung durch eine Gruppe von Soldaten, zog vor das Schloß und verlangte

<sup>1</sup> Wilhelm Engelbert Oeftering, *Der Umsturz 1918 in Baden*, Konstanz 1920, S. 136/137. In der Folge zitiert: Oeftering.

<sup>2</sup> Oeftering S. 146

<sup>3</sup> Oeftering S. 150 f.

<sup>4</sup> GLA Karlsruhe 243/911.

<sup>5</sup> Oeftering S. 148.

den Großherzog zu sprechen. Als er vom Oberhofmeister Freiherrn von Göler abgewiesen wurde, entwickelte sich vor dem Schloß (beim Seepferdchendenkmal im Schloßgarten) eine Schießerei, die den Großherzog und seine Familie zur eiligen Abreise aus dem Schloß und der Residenzstadt veranlaßte. Damit war ein weiterer Schritt auf dem Wege zur Entmachtung des Großherzogs getan. Die Polizei verhaftete Klumpp am nächsten Tag in seiner Wohnung und beschuldigte ihn des Landfriedensbruchs. Seine Tat wurde aber als politisches Verbrechen angesehen und fiel somit unter eine am 2. Dezember 1918 verkündete Amnestie. Bereitgehaltene Autos brachten die großherzogliche Familie nach Zwingenberg am Neckar. Als die Soldaten, die die Regierung zum Schutz des Schlosses schickte, eintrafen, war sie bereits dorthin unterwegs. Die Abreise des Großherzogs aus Karlsruhe stellt ohne Zweifel einen zweiten Schritt auf dem Wege zur Abdankung dar. Heinrich Klumpp beschleunigte diesen Weggang, aber die Situation des Großherzogs im Karlsruher Schloß wäre auch so innerhalb von wenigen Tagen unhaltbar geworden. Das zeigen die weiteren Ereignisse.

Zwingenberg war keine Großstadt, die Familie war aus der Landeshauptstadt und den Ballungsräumen des Landes überhaupt entfernt. Doch auch im Neckartal bestand nicht mehr das alte Großherzogtum, es gab in Eberbach einen Arbeiter- und Soldatenrat, der von der Volksregierung in Karlsruhe wegen der Beschlagnahme von Kraftfahrzeugen des Großherzogs sogar zur Ordnung gerufen werden mußte<sup>6</sup>. Viel wichtiger aber war die immer lauter werdende Forderung nach der Abdankung des Großherzogs; auch das Ausweichen nach Zwingenberg konnte nichts helfen. Nach dem Sturz der Monarchen in den anderen Bundesstaaten waren auch die Chancen der Beibehaltung der Monarchie in Baden sehr klein. Die Politik wurde zudem in den Großstädten gemacht, die monarchische Gesinnung vieler Landbewohner kam nicht zum Tragen. Dies sagt nichts über die Sympathie für das angestammte Herrscherhaus aus, die vor allem in bäuerlichen Kreisen noch lange mächtig und lebendig war. In diesem Sinne ist auch eine Bemerkung der Gräfin Luise von Andlau einzuordnen: „Wenn damals (1918) über den Großherzog hätte frei abgestimmt werden können, hätten 90 % für ihn gestimmt, äußerte noch kürzlich ein Bauer, der unter ihm Soldat gewesen war“<sup>7</sup>. In Karlsruhe jedoch hatte sich schon am 14. November das bürgerlich eingestellte Karlsruher Tagblatt für die Republik ausgesprochen, und gerade bürgerliche Politiker hielten einen Rücktritt des Großherzogs für notwendig, wenn nicht die radikalen Parteien einen Wahlsieg erringen sollten<sup>8</sup>. Zunächst versuchte die vorläufige Volksregierung, den Forderungen nach Proklamation der Republik mit der Antwort zu begegnen, man wolle in der Frage der Staatsform einem Votum des Volkes nicht vorgreifen. Um es nicht zu der von den Räten angedrohten Absetzung des Großherzogs ohne Einigung mit diesem kommen zu lassen, begab sich der Vorsitzende der Volksregierung Anton Geiß zusammen mit dem ehemaligen Staatsminister von Bodman auf die denkwürdige und schon mehrfach geschilderte Fahrt nach Zwingenberg<sup>9</sup>. Das Ergebnis war eine Erklärung, in der der Großherzog auf die Ausübung der Regierungsgewalt bis zu einer Entscheidung durch eine Nationalversammlung vorläufig verzichtete. Zwar entsprach dies nicht den Forderungen der radikalen Kreise, und Geiß bemerkte noch in Zwingenberg nicht ohne Sorge: „Es ist nicht das, was wir wollten. Es ist ein Teil davon. Für meine Person genügte die Entschließung, wie sie hier lautet; aber ich bin der Meinung, daß meine Parteizugehörigen mehr erwarten“<sup>10</sup>. In der Tat genügte sie nur für etwa 14 Tage. In die Zwischenzeit fiel die zweite Ortsveränderung der großherzoglichen Familie. Als neuer Aufenthaltsort war das Schloß Langenstein bei Stockach im Hegau vorgesehen, das abseits der großen Durchgangsstraßen lag und dessen Besitzer Graf Robert Douglas gastfreundliche Aufnahme bot. Die Übersiedlung war diesmal gut vorbereitet. Am 17. November holte ein Sonderzug die großherzogliche Familie in Eberbach ab. Die Minister Dietrich, Haas, Rückert und Trunk begleiteten den Zug. Trotzdem bedeutete die nächtliche Eisenbahnfahrt nach Hohenkrähen einen weiteren Rückzug. Die Entfernung von Karlsruhe, wo die politischen Entscheidungen getroffen wurden, war größer geworden. Die abgeschiedene Lage des Schlosses garantierte Ruhe und Sicherheit, sie ähnelte jedoch einem Exil. Außenminister Dietrich,

<sup>6</sup> GLA Karlsruhe 233/28117.

<sup>7</sup> Friedrich I. und Friedrich II. Die letzten Großherzöge von Baden. Hg. von Wilhelm Ilgenstein und Anna Ilgenstein-Katterfeld, Karlsruhe 1954, S. 5. In der Folge zitiert: Friedrich I. und Friedrich II.

<sup>8</sup> Oeftering S. 230 f.

<sup>9</sup> Oeftering S. 210 ff., Gerhard Kaller, Die Revolution des Jahres 1918 in Baden und die Tätigkeit des Arbeiter- und Soldatenrats in Karlsruhe, ZGO 114, 1966, S. 305 und 333 ff.

<sup>10</sup> GLA Karlsruhe 233/27960.

gleichzeitig Oberbürgermeister von Konstanz, erkundigte sich am 18. November bei Graf Douglas noch nach der Ankunft der „Allerhöchsten Herrschaften“ und übersandte dem Grafen einen von der vorläufigen Volksregierung ausgestellten Ausweis mit einem Begleitschreiben, in dem es heißt: „Die sämtlichen vorgenannten Fürstlichkeiten stehen unter dem Schutz der vorläufigen Badischen Volksregierung und des gesamten badischen Volkes<sup>11</sup>.“ Ferner wird auch der Schutz der Reichsregierung und der Arbeiter- und Soldatenräte zugesichert. Die Reichsregierung hatte in einem Telegramm diesen Schutz ausdrücklich ausgesprochen und gebeten, die Umgebung möglichst nicht mit Truppen zu belegen. Das Interesse der Reichsregierung galt vor allem der Königin von Schweden, als der Monarchin eines neutralen Landes<sup>12</sup>.

Es vergingen nur wenige Tage, bis man den Großherzog zu einer weiteren endgültigen Verzichtserklärung drängte. Graf Douglas und der Staatsminister von Bodman wurden in die Vorverhandlungen eingeschaltet. Die neue Erklärung, die wiederum Freiherr von Bodman aushandelte, stellte einen Schlußpunkt dar. Das Haus Zähringen hatte für immer abgedankt. Die noch offene Regelung der Abfindung war nur ein Nachspiel, für die Familie zwar wichtig, für die weitere Geschichte Badens kaum von Bedeutung.

Sicherheit und persönliches Wohlergehen waren auf Schloß Langenstein gewährleistet. In der Sitzung der neuen Regierung vom 2. Dezember 1918 wurden sogar Stimmen laut, die einen offiziellen Glückwunsch zum 80. Geburtstag der Großherzogin Luise am 3. Dezember verlangten<sup>13</sup>. Wenn der Antrag auch nicht durchdrang, so stellte die Regierung den einzelnen Ministern doch persönliche Glückwünsche frei. Das Archiv des Grafen Douglas verwahrt heute noch eine Reihe solcher Glückwunschtelegramme. Um alle Störungen zu vermeiden, erging Mitte Januar 1919 eine Anordnung an die Bürgermeisterämter der Orte Orsingen, Eigeltingen, Wahlwies, Wiechs, Volkertshausen und Steißlingen. Vor allem den Gemeinderäten der Ortschaften mit Bahnstationen wurde eine Überwachung des Reiseverkehrs in Verbindung mit den Bahnhofsvorständen befohlen. „Es muß tatkräftig der Versuch gemacht werden, derartige Bewegungen unruhiger Elemente in Richtung auf Langenstein noch vor Erreichung des Zieles aufzuhalten und zu zerstreuen<sup>14</sup>“, heißt es darin. Am 14. Mai übersiedelten die Großherzogin und ihre Tochter, die Königin von Schweden, auf die Insel Mainau; Graf Douglas sah der Übersiedlung in Anbetracht der schlechten Ernährungslage in den Städten und der aus diesem Grunde leicht reizbaren Gemütsverfassung der Bewohner zunächst mit Sorge entgegen, doch erfolgten auch dort keine Störungen<sup>15</sup>. Die Rückkehr von Königin Viktoria nach Schweden verzögerte sich durch eine Erkrankung im April und die Schwierigkeiten im Eisenbahnverkehr. Aber sie konnte natürlich nicht mehr lange hinausgeschoben werden. Die Königin erreichte in einem Sonderwagen, der Berlin nicht berührte, unbehindert die Ostsee und die Fähre nach Schweden. Die Bedienten auf der Mainau erhielten nach der glücklichen Heimkehr schwedische Orden<sup>16</sup>. Einen Augenblick schien die alte Zeit zurückgekehrt. Privat weilte der Großherzog und die ganze Familie noch oft auf der Mainau, wo sie immer wieder Besuche von alten, aber auch jungen Badenern empfingen<sup>17</sup>. Als der Großherzog im August 1928 in Badenweiler verstarb, zeigte sich in der allgemeinen Anteilnahme nochmals die Verehrung, die man ihm überall entgegenbrachte. Er war „ein Fürst, der von jedermann geachtet wurde, weil er ein Mensch war“<sup>18</sup>.

Gerhard Kaller, Karlsruhe

<sup>11</sup> Friedrich I. und Friedrich II. S. 121.

<sup>12</sup> Friedrich I. und Friedrich II. S. 120 ff.

<sup>13</sup> GLA Karlsruhe 233/24312.

<sup>14</sup> Friedrich I. und Friedrich II. S. 125 f.

<sup>15</sup> Gräflich Douglas'sches Archiv in Langenstein, Fasz. Aufenthalt der großherzoglichen Herrschaften und Ihrer Majestät der Königin von Schweden auf Schloß Langenstein.

<sup>16</sup> Gräflich Douglas'sches Archiv in Langenstein, vgl. Nr. 15.

<sup>17</sup> Friedrich I. und Friedrich II. S. 99 ff.

<sup>18</sup> Schweizer Nationalzeitung im Nachruf, zitiert nach Friedrich I. und Friedrich II. S. 185.